

Protest in der Bannmeile - Klimaaktivist*innen besetzen mit Tripods Platz vor hessischem Landtag

Sie protestieren gegen den Bau eines Logistikgebietes und für den Erhalt besten Ackerbodens im nordhessischen Neu-Eichenberg

Wiesbaden, 04. September 2019 Am Mittwoch gegen 11 Uhr besetzen Aktivist*innen den Vorplatz des hessischen Landtags. Sie erklettern ein Baugerüst vor dem Parlament und enthüllen Protesttransparente. Zur gleichen Zeit errichten sie vor dem Gebäude zwei Dreibein-Konstruktionen - „Tripods“ genannt – auf denen in etwa fünf Metern Höhe jeweils eine Person im Klettergurt ausharrt.

Mit ihrer Aktion tragen die Aktivist*innen den Protest gegen den Bau eines Logistikgebietes im nordhessischen Neu-Eichenberg in die Landeshauptstadt. Seit Mai 2019 besetzen dort Klimaaktivist*innen einen Acker, um die drohende Versiegelung des wertvollen Bodens zu verhindern. Die umkämpfte Fläche misst 80 Hektar – das entspricht mehr als 100 Fußballfeldern – und soll nach Plänen des Investors Dietz AG aus Bensheim unter Beton verschwinden.

Die Fläche ist Eigentum des Landes Hessen und wird von der hessischen Landgesellschaft (HLG) verwaltet. Die HLG untersteht dem Wirtschaftsministerium, geleitet von Wirtschaftsminister Tarek Al Wazir von den Grünen. Im September letzten Jahres stimmte der hessische Landtag mit schwarz-grüner Mehrheit für den geplanten Verkauf an die Dietz AG. Die Aktivist*innen sehen in der weiteren Privatisierung und Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen einen unverantwortlichen Umgang der Landesregierung mit unserer wertvollen Ressource Boden.

Die ansässige Bevölkerung leistet breiten Widerstand gegen das Megaprojekt. Doch die Landesregierung bietet derzeit keine Lösung zur Sicherung des Ackerlandes an, obwohl Umweltministerin Priska Hinz der Gemeinde Unterstützung zugesagt hatte. Streitpunkt sind die bereits aufgelaufenen Planungskosten in Höhe von ca. 1,5 Millionen Euro. Diese müsste die Gemeinde im Falle eines Stopps des Bauprojekts allein tragen. Hier könnte die Landesregierung Wege für einen Ausstieg aufzeigen und damit Bodenschutz und Klimagerechtigkeit Rechnung tragen.

Die seit 2018 amtierende schwarz-grüne Landesregierung hat sich im aktuellen Koalitionsvertrag zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und zum Schutz landwirtschaftlicher Böden verpflichtet (S. 104, S. 111). Jede weitere Versiegelung von fruchtbarem Ackerboden steht diesen Zielen diametral entgegen. Darüber hinaus belastet der durch das Logistikgebiet verursachte zusätzliche Verkehr von 2000 LKW täglich die Menschen, die Umwelt und das Klima. Das verantwortungslose Handeln dieser Landesregierung unter grüner Beteiligung ist angesichts von weltweiter Bodenzerstörung und Klimakrise ein Skandal. Im Anbetracht der Dringlichkeit ruft eine Aktivistin zum sofortigen Handeln auf:

„Wir müssen jetzt aktiv werden. Jeder Quadratmeter, der versiegelt wird, ist einer zu viel. Wir brauchen den Boden zur Nahrungsmittelerzeugung, sowie als CO₂- und Wasserspeicher. Wenn die Politik nicht handelt, müssen wir dies selber tun.“

Wir gehen an die Orte, wo der Klimawandel gemacht wird, und stellen uns aktiv gegen ein wirtschaftliches System, das auf Ausbeutung von Mensch und Natur beruht. Es gibt keinen grünen Kapitalismus, also braucht es Alternativen außerhalb dieses Systems.“

Eine andere Aktivistin weiter: „Wir sind heute hier in Wiesbaden, um die Situation deutlich zu machen: Dort drinnen tagt gerade der hessische Landtag, doch hier draußen ist die Bewegung. Die völlig verfehlte Politik, ein klimaschädliches Logistikgebiet auf bestem Ackerboden zu bauen, zeigt einmal wieder deutlich, was grüne Versprechungen für mehr Klimaschutz eigentlich bedeuten! Die Landesregierung verweigert sich ihrer Verantwortung.“

Die heutige Protestaktion versteht sich als Teil einer wachsenden Bewegung für Klimagerechtigkeit. Um die Zusammenhänge von Landwirtschaft und Klima sichtbar zu machen, werben die Aktivist*innen in

Wiesbaden auch dafür, sich der Aktion „Free the Soil“ vom 19.-25. September anzuschließen. (Solidaritäts-Erklärung der Ackerbesetzung auf www.ackerbleibt.org)

Die Aktivist*innen stehen telefonisch für Interviews und Rückfragen zur Verfügung.

Kontakt für die Redaktion:

Luca Rosenberg
Tel.: 0151 27924766

@unserAcker
#AckerBleibt